

Gewerbefläche an der A 31 fraglich

Von Frank Liebetanz/Reken/Heiden/Borken. Die Ministerien für Wirtschaft, Bau und Umwelt sind sich uneins in der Bewertung des geplanten Interkommunalen Gewerbegebiets an der A 31 auf Rekener Gebiet (die BZ berichtete). Folge ist, dass die Landesregierung nicht in der üblichen Frist von sechs Monaten die Änderung des Regionalplans genehmigt hat.

Es gebe noch "Klärungsbedarf" zwischen den Ministerien und es sei offen, wie das Verfahren ausgehe, hieß es aus der Pressestelle der Bezirksregierung auf Anfrage der BZ. Der Pressesprecher des in dieser Frage federführenden Wirtschaftsministeriums zeigte sich zugeknöpft und wollte zu den Gründen nichts sagen. Er wollte die BZ auf die kommende Woche vertrösten.

Rolf Lührmann, Vorsitzender des Zweckverbands Westmünsterland Gewerbepark A 31, zeigte sich über die Fristverlängerung nicht überrascht, aber "immer noch optimistisch". Dass dieses Gewerbegebiet "kein Standardfall" sei und die Landesregierung sich wegen des solitären Standorts und 40 Prozent Waldfläche nicht gerade leicht tue, sei ihm, so Lührmann, bewusst gewesen.

"Offensichtlich ist das eingereichte Planwerk so nicht genehmigungsfähig", teilte das Regionalratmitglied Helmut Loos (SPD, Gronau) der BZ mit. "Entsprechende Signale aus Regierungskreisen haben Bürgermeister Heiner Seier und der Landtagsabgeordnete Bernhard Schemmer vermutlich bereits schon am 12. März in der Landeshauptstadt erhalten", erklärte Loos. Nach diesem Wink mit dem Zaunpfahl hätten sie zumindest die Fraktionsvorsitzenden in den Räten der Stadt Borken und der Gemeinden Reken und Heiden vorab umfassend informieren können was offensichtlich unterblieben sei.

Bernhard Schemmer (CDU), Landtagsmitglied und Fraktionsvorsitzender im Rekener Rat, wies dies zurück und sagte gestern auf BZ-Anfrage, er habe im Moment keine Kenntnis darüber, was die Ministerien bereden. Er gehe davon aus, dass "demnächst irgendwann" die Genehmigung komme. Die Aussetzung der Frist halte er "eigentlich für unspektakulär", so Schemmer.

Die Landesregierung setzt nach Loos auf eine drastische Reduzierung des Freiflächenverbrauchs und kündigte Maßnahmen zum Artenschutz und zur Artenvielfalt an. Loos: "Diese von Herrn Schemmer als CDU-MdL mitgetragene Landespolitik muss von ihm auch bei örtlichen Entscheidungen mitgetragen werden."

Nun sollten nach Loos unverzüglich ein konstruktiver Dialog mit den Planungsbehörden beginnen und Alternativplanungen vorgelegt werden. Nur so könnten die erhofften marktfähigen Gewerbeflächen mit Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen entstehen. Lührmann widerspricht: "Ich sehe keine Alternative. Nur dieser Standort kommt in Betracht."

Der Gronauer Sozialdemokrat Loos erinnert daran, dass dieses Gewerbegebiet in isolierter Lage ohne Erweiterungsmöglichkeiten geplant worden sei: "Die Lage hätte vorhandenen Waldbestand mit Wasserschutzgebiet beeinträchtigt. Letztendlich hätte der Steuerzahler die immensen Kosten für Erschließung und ökologischen Ausgleich tragen müssen beziehungsweise die Grundstückspreise wären explodiert." Wohl kaum ein namhaftes Unternehmen interessiere sich ernsthaft für eine Ansiedlung, die solche Kosten und ein Negativ-Image mit sich bringen würden.

Loos weist auf "die vielen Brücken" in Sachen Gewerbegebiet hin, die die Bezirksregierung Münster sowie die Fraktionen von SPD und Grünen im Regionalrat Münsterland immer wieder bis September 2007 gebaut hätten: "Die Herren Seier und Schemmer haben die Suppe eingebrockt. Nun sollen sie diese auch auslöffeln."

28.03.2008 Quelle:

Borkener Zeitung